

## Inhaltsprotokoll

## Öffentliche Sitzung

### **Ausschuss für Engagement, Bundesangelegenheiten und Medien**

5. Sitzung  
23. März 2022

Beginn: 09.40 Uhr  
Schluss: 12.21 Uhr  
Vorsitz: Derya Çağlar (SPD)

#### Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

#### Punkt 1 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –  
Drucksache 19/0200

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von  
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023  
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)  
Hier: Einzelplan 03 Kapitel 0300 und 0309  
(auf Drucksache 19/0200-Anlage)**

[0020](#)  
EnBuMe  
Haupt(f)

– Vorabüberweisung –

– 1. Lesung –

**Regierende Bürgermeisterin Franziska Giffey** stellt im Rahmen der Vorstellung des Doppelhaushalts 2022/2023 die Schwerpunkte in den Bereichen Engagement und Demokratieförderung sowie im Bereich der Medienpolitik vor. Engagement und Demokratieförderung seien übergreifende Themen, welche gerade in diesen Zeiten besondere Bedeutung erlangten. Es gebe herausfordernde Aufgaben, die Situation in der Ukraine, die Auswirkung auf Berlin. Deutlich werde aber, dass Berlin die Stadt des Engagements sei, die Stadt der Solidarität, die Stadt der gegenseitigen Hilfe; das zivilgesellschaftliche Engagement werde in diesen Tagen überbordend deutlich. Das Engagement müsse unterstützt und gefördert werden, um beizutragen.

gen, dass sich die in diesen Tagen auch als verletzlich zeigende Demokratie erhalten bleibe, gestärkt werde und der Zusammenhalt in der Gesellschaft gefördert werde. Deshalb solle die Berliner Engagementstrategie 2020 bis 2025 umgesetzt werden. Vieles in der letzten Legislaturperiode Begonnene solle fortgeführt werden. Es gehe aber auch darum, neue Aspekte einzubeziehen und die Förderung der Organisation zu unterstützen, die sich in der Stadt für das zivilgesellschaftliche Engagement einsetzten. Dazu gehörten die bereits vorhandenen Strukturen, die Freiwilligenagenturen in den Bezirken, die Stadtteilzentren. Deswegen sei das Thema Ausbau der Stadtteilzentren, Unterstützung der Freiwilligenagenturen ganz entscheidend auch für die kommende Zeit. Da das Engagement vor der großen Aufgabe stehe, sich zu digitalisieren, werde ein Förderprogramm digitale Zivilgesellschaft aufgelegt. Das Berliner Landesnetzwerk Bürgerengagement werde weiter unterstützt. In der letzten Legislaturperiode sei auf Bundesebene die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt gegründet worden. Es gebe sehr gute Kontakte zu dieser Stiftung. Anliegen sei, diese Kontakte zu nutzen, die dort bereit stehenden Mittel zu nutzen, um dazu beizutragen, dass sich das Bundesengagement auch in Berlin zeige und dass das Ehrenamt auch mit Unterstützung der Deutschen Stiftung weiter entwickelt werden könne.

Es habe gute Erfahrungen gegeben mit der Freiwilligenbörse und den Stiftungstagen, die zum Austausch einluden und Vernetzung förderten. Darüber hinaus würden neue Akzente in der Berliner Anerkennungskultur gesetzt. Gemeinsam mit Brandenburg werde die Ehrenamtskarte fortentwickelt. Mit der Berliner Wirtschaft würden vorbildlich engagierte Unternehmen gewürdigt auch im Zuge des Neustartprogramms, das in der kommenden Woche mit Stephan Schwarz zusammen vorgestellt werde. Es gehe um die engere Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Thema sei, wie auch partnerschaftliches Engagement in Unternehmen gewürdigt werden könne. Der #FARBENBEKENNEN Award werde weiter entwickelt; es gehe um Sichtbarkeit. Das Engagementportal „bürgeraktiv“ werde ausgebaut. Das Berliner Landesportal „berlin.de“ werde noch einmal zusätzlich aufgewertet, weil es seit 1. Januar 2022 die Möglichkeit gebe, dieses in Eigenregie als Stadtportal betreiben zu können. Ziel sei, dass „berlin.de“ die Landingpage auch für das bürgerschaftliche Engagement und die Sichtbarkeit von Bürger Engagement werde.

Auch für sie sehr wichtiges Leuchtturmprojekt, das in großem Maße mit Bundesmitteln gefördert werde, sei die Urania. Diese solle nicht nur saniert werden. Sie solle vielmehr auch ein Haus der Demokratie in Berlin werden, ein Ort für ein Bürgerforum, ein Ort für demokratisches Lernen und Entwicklung. Sie habe sich immer auch während ihrer Zeit im Bund lebendige Landesdemokratiezentren gewünscht, nicht nur eine Landeszentrale für politische Bildung, sondern ein Haus der Demokratie, das sich um demokratische Bildung und Teilhabe kümmere, Möglichkeiten für Diskussionen biete, für das gemeinsame Treffen von bürgerschaftlichem Engagement und Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Staat und Zivilgesellschaft und die Bündelung an einem Ort. Die Urania solle ein solcher Ort werden, ein Ort der Erneuerung, der Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Teilhabe und des lebenslangen Lernens.

Darüber hinaus werde es einen in dieser Legislaturperiode startendes Projekt, den landesweiten Beteiligungshaushalt geben. Es solle darum gehen, Bürgerbeteiligung auch an einem Teil der Ausgaben des Landes Berlin zu ermöglichen, um den Menschen zu vermitteln, dass sie mitentscheiden könnten, wo investiert werde. Ein entsprechendes Konzept werde gerade entwickelt. In Tempelhof Schöneberg gebe es schon ein Modellprojekt für die Bürgerräte. Hier

solle geprüft werden, inwieweit das ausgebaut und in andere Bezirke gebracht werden könne. Auch in diesem Jahr werde es am 15. September wieder einen Demokratietag geben. Das Konzept werde aktuell vorbereitet.

Zum Thema Medienangelegenheiten, Rundfunk und Netzpolitik: Der Film- und Medienstandort Berlin sei gemeinsam mit Brandenburg ein Wirtschaftsfaktor für den Standort Berlin. Seit Gründung des Medienboards vor 18 Jahren habe es über 560 Millionen Euro Förderung gegeben. Damit seien mehr als 2,3 Milliarden Euro an Investitionen in der Medienregion ermöglicht worden. Insofern sei es richtig, öffentliche Gelder einzusetzen, bei jeder investierte Euro damit vervierfacht würde; die Drehtätigkeiten hätten sich in der Stadt seit 2012 vervierfacht. Berlin sei einer der Top-Orte für Film- und Dreharbeiten. Jeder in Berlin gedrehte Film sei Werbung für die Stadt. Trotz der Einschränkungen im Jahr 2021 in der Coronazeit habe es 6000 Drehtage in der Metropolregion gegeben. Insofern sei es wichtig, beim Thema Drehgenehmigung noch deutlich besser zu werden. Im Haushalt sei entsprechende Vorsorge getroffen worden. Filmfreundliche Stadt Berlin als Konzept werde finanziell untersetzt. Deshalb solle auch diese eine Anlaufstelle für Drehgenehmigungen aufgebaut, damit Berlin auch Dienstleistungsstadt für die Filmbranche sei.

Bezüglich der Coronahilfsprogramme habe es schon Erhöhungen beim Medienboard gegeben. Für Berlin sei das Thema Filmstadt auch im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Förderung sehr wichtig. Zur Unterstützung der Medienlandschaft würde die Förderung in diesem Jahr um 3,5 Millionen Euro erhöht werden sollen, im kommenden Jahr um 4,2 Millionen Euro. Auch hier vervierfache sich jeder investierte Euro in der Wirkung. Die Programmkinos würden bis zu 1,2 Millionen Euro in 2022 und mit bis zu 1,5 Millionen Euro in 2023 unterstützt. Insbesondere das Thema Kinder- Dokumentarfilme, künstlerische Filme, aber auch Kurz- und Animationsfilme sollten besonders gefördert werden. Die Filmfestivals spielten dabei eine Rolle, der Themenbereich Vernetzung sei darin enthalten.

Sie habe kürzlich ein Gespräch mit Vertretern der MABB geführt, wie Aufgaben aussähen. Insbesondere das Thema Jugendschutz, Jugendmedienschutz sei wichtig. In Berlin müsse das neue Jugendschutzgesetz auch umgesetzt werden. Es gehe darum, wie die MABB hierbei auch entsprechend unterstützen und vermitteln könne, Informations- und Nachrichtenkompetenz, Ausbildung auch des journalistischen Nachwuchses. Mit der MABB sei darüber gesprochen worden, wie gerade Fake News, Hatespeech, aber auch Desinformation, Verschwörungstheorien entgegengewirkt werden könne. Zur Unterstützung der MABB habe es eine Abstimmung mit der Brandenburger Landesregierung über eine Reduzierung des Vorwegabzuges gegeben. Aktuell mache dieser 33 Prozent aus. Erreicht werden solle eine Reduzierung auf 27,5 Prozent. Zur Kompensation dieser Entlastung seien für 2023 300 000 Euro etatisiert für eine zusätzliche Länderförderung für das Medienboard.

Weiteres Thema sei die Filmförderung bezogen auf den künstlerischen Nachwuchs und die Fachkräfte. Die Film- und Fernsehakademie sei über die Grenzen Berlins hinaus renommiert und sei ganz wichtige Akteurin in der Frage der Fachkräfteausbildung und Nachwuchsförderung. Zur Stärkung der Lehre und Stärkung der dafür notwendigen Veränderungen und Entwicklungen seien aus SIWA-Mitteln 1,7 Millionen Euro bereitgestellt; es seien umgewidmeten Mittel. Auch sei eine deutliche Aufstockung der institutionellen Förderung vorgesehen. In diesem Jahr sollten es 1,22 Millionen Euro mehr sein, sodass es über 6,5 Million Euro Unterstützung gebe. 2023 werde die deutsche Film, und Fernsehakademie über 7,9 Millionen Euro

Unterstützung erhalten, mit einem Aufwuchs von über 2,5 Millionen Euro. Dies sei klares politisches Zeichen für den Ausbau des Medienstandorts Berlin. Angesichts der zunehmenden Zahl von Drehtagen in Berlin würden Fachkräfte gesucht. Darüber hinaus sei es gelungen, auch im Rahmen der Lottostiftung noch einmal zusätzliche Mittel zu akquirieren. Die Lottostiftung habe zugestimmt, 400 000 Euro pro Jahr ab 2023 zur Unterstützung der Europäischen Filmakademie bereitzustellen.

Berlin als herausragender Gamesstandort sei auch ein großer Wirtschaftsfaktor. Neben dem runden Tisch E-Sport werde auch der Runde Tisch Games ins Leben gerufen und direkt bei ihr angesiedelt sein. Im April/Mai werde es eine erste Runde geben. Der Gamesstandort Berlin solle sehr gestärkt werden. In Berlin werde die internationale Computerspielesammlung angesiedelt werden. Diese werde auch in Zusammenarbeit mit dem Bund unterstützt. In der digitalen Computerspielesammlung gebe es bereits 60 000 Titel. Damit könne die größte Sammlung von Video- und Computerspielen weltweit auch physisch nach Berlin geholt werden. Dies werde sicher auch viele Menschen der jungen Generationen begeistern.

Sie sei mit dem Anspruch angetreten, gut und transparent über die Landespolitik zu informieren, beginnend mit der Senatspressekonferenz, weiter über die Presse- und Informationsarbeit, auch über das Landesportal und die Beteiligungsplattform „mein.berlin.de“, auf der alle Projekte zentral eingestellt seien. Der internationale Austausch in der Metropolenkonferenz sei wichtig. Berlin werde international sehr gesehen. Es sei großer Wunsch aus Madrid, Paris und London und Amsterdam, in einen engeren Austausch zu kommen. Es gehe darum, Wirtschaftskompetenz in die Stadt zu holen, um Ansiedlung von Weltunternehmen in der Stadt. Deswegen werde auch in diesem Jahr wieder eine große internationale Metropolenkonferenz Berlin durchgeführt, vom 15. September bis 17. September 2022. Diese Metropolenkonferenz habe den Anspruch, auch überregional gesehen zu werden.

Es sei entschieden worden, in dieser Legislaturperiode einen Chief Digital Officer einzusetzen, der sowohl in der Innenverwaltung als auch in der Senatskanzlei angesiedelt sei. Das Thema Digitalisierung sei als Querschnittsthema definiert worden. Dafür wurden zwei Strategien entwickelt, die Smart Cities Strategie und die Digitalstrategie, die zusammengeführt würden. Diese neue Strategie werde im Spätherbst vorgestellt. Der entsprechende Senatsbeschluss werde vorbereitet. Ralf Kleindiek sei intensiv dabei, die Flaggschiffdigitalisierungsprojekte zusammenzubringen. Dabei solle produktbezogen vorgegangen werden unter Einbeziehung der Fragestellung, welches die Topseller der Digitalprodukte seien und was die Bürger am häufigsten benötigten, wenn sie Verwaltung in Anspruch nähmen. Dafür sei eine Stabsstelle Verwaltungssteuerung eingerichtet worden. Am 30. März 2022 werde eine politische Erklärung zwischen Senat und Bezirken unterzeichnet, bei der es um die Verbesserung der Zusammenarbeit und ganz konkret um die die Bürger interessierenden großen Themen gehe, bürgernahe Verwaltung, schnellerer Service, saubere Schulen, Grünpflege. Dafür sei gutes Monitoring wichtig. Die Bundesregierung habe ein solches schon lange im Sinne einer Dashboardlösung. Diese Dashboard Software ermögliche eine bessere Steuerung. Es sei eine der wesentlichen Aufgaben der Senatskanzlei, zu steuern und zu koordinieren. Die kommende Senatssitzung werde in gemeinsamer Form als gemeinsame Kabinettsitzung der beiden Landesregierung Berlin und Brandenburg in Frankfurt an der Oder stattfinden. Dort sollten auch die Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg besiegelt und letzte Beschlüsse gefasst werden, um das 100-Tage-Programm erfolgreich abzuschließen. Am 31. März werde es

eine gemeinsame Pressekonferenz geben, in der die Ergebnisse des 100-Tage-Programms präsentiert und dargestellt werden, inwieweit die Ziele erreicht worden seien.

Der **Ausschuss** schließt die Darstellung des Haushalts mit Schwerpunktsetzung ab.

**Vorsitzende Derya Çağlar** leitet über in die Beratung des Einzelplans 03.

**Melanie Kühnemann-Grunow** (SPD) erkundigt sich, ob von den anderen Oppositionsfraktionen Fragen schriftlich eingereicht worden seien.

**Elke Breitenbach** (LINKE) erinnert daran, dass so entschieden worden sei, um eine Frist zur Einreichung schriftlicher Fragen zu vermeiden. Möglicherweise ließen sich Fragen auch mündlich beantworten. Wichtig sei, dass nicht im Vorfeld eingereichte Fragen auch vorgetragen würden.

**Danny Freymark** (CDU) erklärt, seine Fraktion habe lediglich 8 Berichtsaufträge, deren Beantwortung schriftlich gewünscht werde. Ihm lägen aber auch nur die Berichtsaufträge seiner Fraktion vor. Er sei bereit, diese zur Verfügung zu stellen.

**Vorsitzende Derya Çağlar** verweist auf die Sprecherrunde und die Vereinbarung, dass es keine Synopse geben solle. Von der Regierungskoalition sowie von der CDU-Fraktion seien in Vorbereitung der Sitzung trotzdem schriftlich Fragen eingereicht worden. Um der Öffentlichkeit und Transparenz gerecht zu werden, würden daher im Folgenden alle, auch mündlich eingebrachte, Fragen in der Sitzung vorgetragen.

[Unterbrechung der Sitzung von 10.19 Uhr bis 10.25 Uhr]

**Einzelplan 03 – Regierende Bürgermeisterin/ Regierender Bürgermeister**  
**Kapitel 0300 – Senatskanzlei**  
**Kapitel 0309 – Senatskanzlei - Personalüberhang -**  
**– übergreifend –**  
**titelübergreifend**  
**Gleichstellung von Frauen, Vielfaltsförderung und Inklusion**

**Melanie Kühnemann-Grunow** (SPD) stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Welche Entwicklungen haben sich nach Einführungen des Frauenförderplans ergeben? Welche Diversitätsstandards verwendet die Skzl.? Welche Maßnahmen zur Verbesserung von Inklusion und Barriereabbau verfolgt Skzl.? Ist die Erhebung inklusionssensitiver Daten geplant? Welche Verbesserung haben sich im Personalmanagement ergeben? (Jahresgespräche, Potenzialerkennung, Arbeitsplatzwechsel, Führungskräfteentwicklung)

Sie bitte um einen schriftlichen Bericht.

**titelübergreifend,**

**u. a. Titel 54302 – Aufwendungen für die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg**

**Melanie Kühnemann-Grunow (SPD)** stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Welche Maßnahmen sind für die engere Zusammenarbeit mit Brandenburg vorgesehen?

Auch hier werde um einen schriftlichen Bericht gebeten.

**titelübergreifend**

**Umsetzung des Gesetzes zur Neuregelung der Partizipation im Land Berlin**

**Melanie Kühnemann-Grunow (SPD)** stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Mit welchen konkreten Maßnahmen plant die Senatskanzlei das Gesetz zur Neuregelung der Partizipation im Land Berlin in den Jahren 22/23 umzusetzen? In welcher Höhe sind hierfür Mittel eingeplant?

Sie bitte um einen schriftlichen Bericht.

**Staatssekretärin Ana-Maria Trăsnea (SKzI)** weist darauf hin, dass die Zuständigkeit bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales liege.

**Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)** wirft ein, dass die Umsetzung dieses Gesetzes in jedem Ressort erfolgen müsse. Die Frage richte sich darauf, wie das Gesetz in der Senatskanzlei umgesetzt werde. Das Gesetz bestehe aus zwei Teilen. Ein Teil beinhalte die Personalentwicklung, die jedes Ressort betreffe. Der zweite Teil bestehe in Partizipationsstrukturen, die tatsächlich nicht in der Zuständigkeit der Senatskanzlei lägen. Es interessiere, wie insbesondere die Teile für Personalentwicklung in der Senatskanzlei umgesetzt würden.

**Elke Breitenbach (LINKE)** erinnert daran, dass dieses Gesetz, nachdem es zehn Jahre in der Schublade gelegen habe, reformiert worden sei. Die Verantwortung dafür liege in jeder Senatsverwaltung und in jedem Bezirk. Jeder solle darüber berichten, welche Planungen und konkreten Maßnahmen es für die Umsetzung gebe. Insofern werde ein schriftlicher Bericht gewünscht.

**titelübergreifend zu**

**Titel 23190 – Zweckgebundene Einnahmen vom Bund für konsumtive Zwecke**

**Titel 42231 – Bezüge der Beamtinnen und Beamten (Fremdfinanzierung)**

**Titel 42831 – Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten (Fremdfinanzierung/Zweckbindung/Ausgleichsabgabe)**

**Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**

**Titel 68590 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen**

**Titel 89361 – Investive Zuschüsse im Rahmen des Modellprojekts Smart City**

...

**Melanie Kühnemann-Grunow (SPD)** bittet

um eine Übersicht der geplanten Maßnahmen der Smart-Cities-Strategie (mit Angabe der Kosten und Kofinanzierung)

und auch hierzu um einen schriftlichen Bericht.

**titelübergreifend**

**Melanie Kühnemann-Grunow (SPD)** stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

In welchen Titeln sind die Kosten veranschlagt, die im Zusammenhang mit der Berlinale stehen (Empfänge, Feierlichkeiten, Galas, Mbb-Empfang, EFM usw.)? Bitte um detaillierte Listung mit Kostenangabe.

Sie erbitte einen schriftlichen Bericht.

**titelübergreifend**

**Melanie Kühnemann-Grunow (SPD)** stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Was plant die Senatskanzlei zum 70. Jahrestag des Volksaufstandes am 17. Juni 2023 an Projekten bzw. Veranstaltungen?

Was plant die Senatskanzlei an Vorbereitungen (2022/23) zum 35. Jahrestag der Friedlichen Revolution und des Mauerfalls im Herbst 2024?

Welche Vorhaben im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Berlin und Brandenburg sind im Haushalt der Senatskanzlei enthalten?

Wo finden sich die Mittel zu Vernetzung der Filmfestivalstädte? Welche Aufgaben sind zur Vernetzung vorgesehen? Ist eine Würdigung von Akteuren, die queere Rechte schützen, im Rahmen der Städtepartnerschaft vorgesehen? Wie wurden die nicht-verausgabten Mittel verwandt?

Sie bitte um einen schriftlichen Bericht.

### **Kapitel 0300 – Senatskanzlei**

#### **Titel 11960 – Einnahmen aus dem Betrieb der Top Level-Domain "berlin"**

**Melanie Kühnemann-Grunow** (SPD) stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Welche Einnahmen wurden in den Jahren 2020 und 2021 erzielt? (Bitte um Aufschlüsselung)

Wofür werden die Einnahmen verausgabt?

Sie bitte um einen schriftlichen Bericht.

**Jeannette Auricht** (AfD) interessiert die Ansatzbildung. Sei es eine Schätzung auf Basis der letzten beiden Jahre? Sei der Ansatz zu hoch?

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) erklärt, es gehe um die Einnahmen aus der „berlin“ Domain. Diese seien vom Trend her rückläufig. Insofern handle es sich um Prognosen für die kommenden Jahre. Es hänge auch zusammen mit der Veränderung bei „berlin.de“ zusammen; die Vermarktungspotenziale seien nicht mehr so groß.

**Jeannette Auricht** (AfD) erklärt, dass die Beantwortung für Ihre Fraktion erledigt sei.

### **Titel 51101 – Geschäftsbedarf**

**Melanie Kühnemann-Grunow** (SPD) bittet um Zurückstellung zur 2. Lesung.



## **Titel 51925 – Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements**

**Melanie Kühnemann-Grunow** (SPD) stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Welche baulichen Maßnahmen wurden umgesetzt?

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) erklärt, unter anderem seien im Rathaus die Sanierung und Erneuerung der Parkettböden und die Realisierung eines barrierefreien Rundgangs in den historischen Säulen im ersten Obergeschoss, im Säulensaal, Bürgermeistersaal und dem Festsaal vorgenommen worden. Daneben sei die restauratorische Instandsetzung des Bodens im Wappensaal und der Vorhalle zum Wappensaal, die Instandsetzung der Lichtsteuerung im Festsaal, technische Aufrüstung der Besprechungsräume mit Smartboards und Telefonspinnen erfolgt. Der Abschluss der Planung und die Vergabe der technischen und akustischen Aufrüstung des Pressesaals im dritten Obergeschoss, insbesondere auch, um Gebärdendolmetschungen zu ermöglichen sowie die Erneuerung der Konferenztechnik seien weitere Maßnahmen gewesen. Einige Bereiche, die in 2021 ausgelöst worden seien, seien noch nicht realisiert sondern befänden sich jetzt in der Bauphase.

**Melanie Kühnemann-Grunow** (SPD) stellt fest, dass die Frage hinreichend beantwortet und ein schriftlicher Bericht nicht erforderlich sei.

## **Titel 52610 – Gutachten**

**Gollaleh Ahmadi** (GRÜNE) stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Welche Gutachten wurden 2020/21 durchgeführt und welche Gutachten in welcher Höhe sind jeweils in den Jahren 22/23 geplant? (Bitte um Aufschlüsselung mit Angabe der Kosten und des beauftragten Gutachters.) Woraus resultiert das geringe Ist in 21?

Gibt es weiteren Bedarf zur Beauftragung von Gutachten zum GlüStV?

Welche Gutachten entstehen im Zusammenhang mit der Freiwilligenarbeit? Was ist für das Monitoring der Engagementstrategie eingeplant?

Welche (vertraglichen) Verpflichtungen sind durch die Verpflichtungsermächtigungen erfasst?

Sie bitte um einen schriftlichen Bericht.

### **Titel 52703 – Dienstreisen**

**Jeannette Auricht** (AfD) konstatiert, dass die Zahlen zwischen 2020 und 2021 stark schwankten. Sie pegelten sich für 2022 und 2023 wieder ein. Wer habe die Reiselust verloren? Wie seien die großen Schwankungen zustande gekommen?

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) erklärt, dass in den Jahren 2020 und 2021 aufgrund der Pandemie deutlich weniger Reisetätigkeit stattgefunden habe. Es werde davon ausgegangen, dass auch in den kommenden Jahren durch die verstärkte Nutzung von Webkommunikation und Videotelefonie einige Dienstreisen überflüssig würden. Insofern sei der Ansatz reduziert worden.

**Jeannette Auricht** (AfD) erwidert, die Reisekosten in 2021 seien besonders hoch gewesen.

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) antwortet, dass in 2021 Auslandsdienstreisen stattgefunden hätten, die in den Jahren zuvor nicht stattgefunden hätten.

**Danny Freymark** (CDU) interessiert, ob der Ansatz tatsächlich ausgeschöpft worden sei.

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) erklärt, das Ist mit 46 000 Euro sei reales Ist und liege deutlich unterhalb des Ansatzes von 294 000 Euro, aber höher als in 2020.

**Melanie Kühnemann-Grunow** (SPD) ergänzt, dass die Haushaltplanaufstellung 2019 erfolgt sei. Es sei seinerzeit davon ausgegangen worden sei, alle Partnerschaften mit Städten aufrechtzuerhalten und Reisen vornehmen zu können. Es bestehe Hoffnung, irgendwann wieder die internationalen Verbindungen aufrechterhalten zu können, indem auch in die Partnerstädte gereist werden könne.

**Jeannette Auricht** (AfD) stellt fest, dass die Frage für sie damit beantwortet und ein schriftlicher Bericht nicht erforderlich sei.

### **Titel 53102 – Berlin-Informationen**

**i. V. m.**

### **Titel 53101 – Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit**

**Gollaleh Ahmadi** (GRÜNE) stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Welche Mehrausgaben waren 2020/21 nötig? (Bitte um Aufschlüsselung.) Sind hier künftig Mittel für Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit (Übersetzungen) eingeplant? Wenn ja, in welcher Höhe?

Welche Leistungen übernimmt der BerlinOnline in PPP für das Land Berlin? Wie viele Kultureinrichtung sind in das Ticketsystem eingebunden? Bei wie vielen der eingebundenen Kultureinrichtungen werden höhere Ticketpreise aufgerufen?

Wie erklärt sich das Absenken des HH-Ansatzes zur Öffentlichkeitsarbeit von 2021 zu 2022/23?

Bitte um Listung aller in 2020/21 pandemiebedingt abgesagten und durchgeführten und der in 2022/23 geplanten Veranstaltungen.

Sie bitte um schriftliche Beantwortung.

### **Titel 53103 – Empfänge, Feierlichkeiten**

**Gollaleh Ahmadi** (GRÜNE) stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Bitte um Listung aller in 2020/21 pandemiebedingt abgesagten und durchgeführten und der in 2022/23 geplanten Veranstaltungen.

Sie bitte um schriftliche Beantwortung.

### **Titel 53118 – Auswärtige Städteverbindungen**

**Gollaleh Ahmadi** (GRÜNE) stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Bitte um Darstellung der Schwerpunkte der Städtepartnerschaftspflege in 2022/23.

Sie bitte um einen schriftlichen Bericht.

**Jeannette Auricht** (AfD) schließt sich dem schriftlichen Berichtswunsch an. Welche Städteverbindungen seien neu entstanden? Seien neue geplant? Welche Kosten fielen an? Wie seien die Kostenschwankungen zu erklären?

## **Titel 54010 – Dienstleistungen**

**Gollaleh Ahmadi** (GRÜNE) stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Bitte um Übersicht über das Medienboard-Personal mit Angabe der Entgeltgruppen. Bestehen tarifliche Beschäftigungsverhältnisse? Wie hoch sind die Kosten, die der IT-Dienstleister verursacht?

Welche Erkenntnisse wurden aus den Rathaus-Dialogen gezogen?

Sie bitte um schriftliche Beantwortung.

**Jeannette Auricht** (AfD) schließt sich dem schriftlichen Berichtswunsch an. Welche Forschung und welche Wissenschaft sollten in Zusammenarbeit mit der Metropolis-Arbeit betrieben werden?

**Stefan Förster** (FDP) führt aus, es gehe um die Bereitstellung von Belegplätzen in Kindergärten für sechs Senatsverwaltungen. Das Thema Betriebskindergarten gebe es in jeder Senatsverwaltung. Warum übernehme die Senatskanzlei für sechs Senatsverwaltungen die Kosten?

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) erklärt, es handle sich um ein seit mehreren Jahren bestehendes Konstrukt einer vertraglichen Vereinbarung mit einem Kitaträger, den der Senat seinerzeit als Pilotprojekt für mehrere Senatsverwaltungen abgeschlossen habe. Zwischenzeitlich hätten andere Senatsverwaltungen selbstständig gehandelt. Details werde er schriftlich übermitteln.

## **Titel 54053 – Veranstaltungen**

**Stefan Förster** (FDP) macht auf den Ansatz von 2,775 Millionen Euro in 2021 aufmerksam. Begründet werde dies mit dem Vorsitz der MPK. Gleichzeitig seien in 2022 und 2023 nur 3 000 Euro für die MPK und Ost-MPK für Veranstaltungen vorgesehen. Angesichts der gestiegenen Veranstaltungskosten habe er Zweifel, dass der Ansatz auskömmlich gestaltet sei.

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) bestätigt, der rotierende MPK-Vorsitz sei mit hohen Kosten für das Vorsitzland verbunden. Er verweise allerdings auf die pandemiebedingt deutlich geringeren Ist-Ausgaben. Es seien noch Mittel für die Ost-MPK eingestellt, aber auch für den Berliner Beitrag zur regulären MPK. Der Ansatz sei für laufende Betriebskosten.

**Stefan Förster** (FDP) erklärt, dass er bezüglich der Kindergärten ggf. eine schriftliche Anfrage nachreichen werde. Für die heutige Sitzung sei die Frage beantwortet.

## **Titel 54302 – Aufwendungen für die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg**

**Danny Freymark (CDU)** stellt die

### Frage der CDU-Fraktion

Warum wurden die erfolgten Mehrausgaben in 2021 (3692,-/ 2600,-) nicht für 22/23 berücksichtigt und der Ansatz nicht dementsprechend erhöht? Wofür genau fielen die Kosten an?

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer (SKzl)** erklärt, es handle sich nicht um den Ansatz für die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg. Es gehe lediglich um die Website [www.berlin-brandenburg.de](http://www.berlin-brandenburg.de), die aus der Senatskanzlei in der Verantwortung beider Länder gepflegt werde. Der Ansatz werde in Zukunft etwas angepasst werden müssen.

**Danny Freymark (CDU)** stellt fest, dass die Frage damit beantwortet sei.

## **Titel 54611 – Kommunikation Hauptstadtmarke**

**Gollaleh Ahmadi (GRÜNE)** stellt die

### Frage der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Wie wurde der Markenrelaunch vorgenommen und welche Kosten sind entstanden? Welche Maßnahmen, Kampagnen oder Initiativen und welche Bewerbungen sind in 2022/23 geplant? (Bitte um Übersicht mit Kostenangabe.)

Sie bitte um einen schriftlichen Bericht.

**Stefan Förster (FDP)** schließt sich dem Berichtswunsch an.

## **Titel 54612 – Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements**

**Gollaleh Ahmadi (GRÜNE)** stellt die

### Frage der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke

Wie verteilen sich die Mittel auf die einzelnen Maßnahmen?

Wofür wird der Aufwuchs benötigt? Bitte um Erläuterung

Ehrenamtskarte: Wie schlüsseln sich die Gesamtkosten auf? (D. g. Personalkosten, Plattformbetrieb, ...) Unter welchen Maßgaben werden die Kooperationen mit den Partnern geschlossen? Was kosten die Partner? Wie sind die Konditionen der öffentlichen/nicht-öffentlichen Kultureinrichtungen gestaltet? Wie wird das zeitlich unbegrenzte Schwimmen in den Berliner Bädern für Karteninhaber gesichert? Wie viele und welche BVG-Tickets stehen zur Verfügung?

Bitte um Listung der geplanten Veranstaltungen. Welche Nachhaltigkeitsstandards sind dabei vorgesehen?

Wie viel wird für den Tag „Berlin sagt Danke“ angesetzt? Was ist zur Weiterentwicklung geplant?

Wie lauten die Ansätze für den Award #FARBENBEKENNEN? Was ist zur Weiterentwicklung geplant?

mein.berlin.de: Welche Maßnahmen sind zur Weiterentwicklung vorgesehen? Bitte um Bericht zur Weiterentwicklung von „mein.berlin.de“. Insbesondere sollen die Maßnahmen dargestellt werden, die die Inklusion von Menschen mit Behinderung und Migrationsgeschichte fördern, sowie die Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit ausbauen.

Wann wird das Modellprojekt „Bürgeraktiv“ als neu aufgelegte digitale Plattform nutzbar sein?

Bitte um Bericht zur Weiterentwicklung der digitalen Plattform „Bürgeraktiv“. Insbesondere sollen die Maßnahmen dargestellt werden, die die Inklusion von Menschen mit Behinderung und Migrationsgeschichte fördern, sowie die Barrierefreiheit und Mehrsprachigkeit ausbauen.

Sie bitte um einen schriftlichen Bericht.

**Danny Freymark** (CDU) stellt die

Frage der CDU-Fraktion

Was genau unternimmt der Senat, um bürgerschaftliches Engagement zu fördern?

Wozu werden die erhöhten Mittel genau verwendet? Zu wann ist was, wo, wie und mit wem geplant?

Auch er bitte um einen schriftlichen Bericht.

**Jeannette Auricht** (AfD) schließt sich dem schriftlichen Berichtswunsch an. Welche Maßnahmen seien konkret geplant? Sie bitte um ausführliche Begründung.

## **Titel 54614 – WLAN-Initiativen der Senatskanzlei**

**Gollaleh Ahmadi** (GRÜNE) stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Warum ist ein so geringes Ist in 2021 angegeben? Welche Einzelmaßnahmen sind hier jeweils in 22 und 23 geplant? In welchem Zeitrahmen und auf Grundlage welches Konzepts sollen die hier eingestellten Mittel verausgabt geben? Bitte auflisten und nach Kosten und Mittelempfänger\*innen aufschlüsseln! Welche WLAN-Abdeckung wird in welchem Zeitraum angestrebt? Wie viele WLAN-Spots konnten eingerichtet werden? Wie stabil sind die WLAN-Spots? Welche Planungen bestehen, um die WLAN-Versorgung zu verbessern? Wie verteilen sich die WLAN-Spots über die Bezirke?

Sie bitte um einen schriftlichen Bericht.

**Danny Freymark** (CDU) stellt die

Frage der CDU-Fraktion

Nur 1/6 der Investitionen wurden getätigt. Weshalb läuft die Initiative so schleppend an? Warum wird das gesparte Geld nicht eingesetzt und das Budget erhöht?

Auch er bitte um einen schriftlichen Bericht.

**Stefan Förster** (FDP) schließt sich den schriftlichen Berichtswünschen an. Berlin sei weit davon entfernt, überall WLAN anbieten zu können. Wie sehe der Ausbau in den Bezirken aus? Nach seinen Informationen werde mit unterschiedlicher Geschwindigkeit am Ausbau gearbeitet.

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) sagt einen schriftlichen Bericht zu. Es habe in den ersten Jahren einen Pilotbetrieb des WLANs gegeben, der aber zum 31. Dezember 2021 ausgelaufen sei. Ziel sei gewesen, diesen Pilotbetrieb in den Regelbetrieb zu überführen; Mittel seien eingestellt worden, um die entsprechende Ausschreibung zu gewährleisten. Pandemiebedingt und aufgrund rechtlicher Fragen sei dies nicht umgesetzt worden. Der Pilotbetrieb sei noch zu relativ geringen Kosten möglich gewesen. Der höhere Ansatz solle die Ausschreibung gewährleisten und den vollen Betrieb abdecken. Die Zuständigkeit für dieses Themenfeld werde an die Senatsverwaltung Inneres, Digitalisierung und Sport übertragen, weil über das IDTZ eine bessere Anbindung gewährleistet sei. Er hoffe, dass die Mittel noch in diesem Jahr voll verausgabt würden und WLAN überall in Berlin verfügbar sei.

**Elke Breitenbach** (LINKE) bittet um Erweiterung des schriftlichen Berichts um Informationen zur Ausschreibung, welchen Zeitplan es gebe und in welcher Höhe was ausgeschrieben werde.

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) weist darauf hin, dass die Antwort zuständigkeitshalber möglicherweise von der Senatsverwaltung für Inneres zugeleitet werde.

#### **Titel 54690 – Sonstige sächliche Verwaltungsausgaben aus zweckgebundenen Einnahmen**

**Gollaleh Ahmadi** (GRÜNE) stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Bitte um Übersicht der einzelnen Maßnahmen mit Kostenangabe.

Sie bitte um schriftliche Beantwortung.

#### **Titel 68122 – Vergünstigungen für Ehrenbürgerinnen/Ehrenbürger und Stadtälteste**

**Danny Freymark** (CDU) äußert, er halte es für wichtig, immer wieder Vergünstigungen zu ermöglichen. Nach seinen Informationen werde bei Stadtältesten nur das AB Ticket finanziert; ABC würde nur in Ausnahmefällen finanziert. Sei dies zutreffend? Er würde ABC begrüßen.

**Staatssekretärin Ana-Maria Trăsnea** (SKzl) sagt Prüfung zu.

**Danny Freymark** (CDU) bittet um ein schriftlichen Bericht.

#### **Titel 68123 – Ehrungen, Preise**

**Stefan Förster** (FDP) bemerkt, die Verleihung des Wissenschaftspreises sei bei der Senatskanzlei etatisiert worden, weil der Regierende Bürgermeister auch Wissenschaftssenator gewesen sei. Nun sei die Zuständigkeit in die Gesundheitsverwaltung gewechselt. Werde der Preis dort etatisiert? Behalte sich die Senatskanzlei vor, diesen Wissenschaftspreis auch selbst zu verleihen?

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) erklärt, die Senatskanzlei behalte sich vor, den Wissenschaftspreis weiterhin durch die Regierende Bürgermeisterin zu verleihen. Dies sei der Sache durchaus angemessen.

**Stefan Förster** (FDP) erklärt, dass die Frage damit beantwortet sei.



## **Titel 68207 – Zuschuss an die Deutsche Film- und Fernsehakademie**

**Dr. Alexander King** (LINKE) stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Wodurch ist der Aufwuchs um rund 2,5 Mio. Euro bis 2023 begründet? In welchem Verhältnis steht der Aufwuchs zu den Kosten für die dauerhafte Sicherung (technische Ausstattung u.a.)

Wie viele Studierende studieren derzeit an der Dffb? Welche Kosten sind für Tarifanpassungen der tariflich Beschäftigten entstanden? Wie viele Dozent\*innen arbeiten auf Honorarbasis? Kam es pandemiebedingt zu Kursausfall und gab es seitens der Dffb Unterstützungsmaßnahmen wie die Zahlung von Ausfallhonoraren?

Wie unterstützt die Dffb die Vernetzung der Studierenden mit Produzenten, Verleihern, Kinos und Filmfestivals?

Welche Einnahmen hat die Dffb durch Kooperationen und wie hoch sind sie? Wie gestaltet sich der Filmrechtehandel und wie sichert die Dffb Vergütungs- und Urheberrechte? Welche Programme zur Unterstützung von Absolvent\*innen bestehen und welche Kosten sind damit verbunden? Besteht für Absolvent\*innen die Möglichkeit, Technik und Studios sofern verfügbar zu nutzen und werden dazu sozialverträgliche Gebühren erhoben?

Er bitte um ein schriftlichen Bericht.

**Danny Freymark** (CDU) stellt die

Frage der CDU-Fraktion

Der Senat möge darlegen, wann ein notfalls provisorischer Umzug der DFFB an den Flughafen Tempelhof möglich ist.

Er bitte um ein schriftlichen Bericht.

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) führt aus, die DFFB stehe vor der Herausforderung, zum einen das Personal in den kommenden Jahren angemessen zu bezahlen, die technische Ausstattung zu erweitern sowie den Umzug zu gestalten, weil der Mietvertrag in 2025 auslaufe. Die Ansätze dienen vorrangig dazu, die technische Ausstattung und das Personal auszufinanzieren. Diskussionen über den Umzug müssten separat geführt werden; es gebe viele Unwägbarkeiten. Eine Verpflichtungsermächtigung sei enthalten. Für die technische Ausstattung kämen noch SIWANA Mittel hinzu.

**Stefan Förster** (FDP) unterstreicht die Ausführungen des Abg. Freymark. Es sei klar, dass der Ansatz keine Umzugskosten enthalte. Dieser stehe auch im Doppelhaushalt nicht an. Da aber die Konditionen des künftigen Mietvertrags sowie die Umbaukosten nicht deutlich seien,

bitte eher um eine Darstellung im schriftlichen Bericht, welche Kosten die BIM für den zehnjährigen Mietvertrag haben wolle. In welcher Höhe fielen Umbaukosten an?

### **Titel 68230 – Zuschuss CityLAB**

**Dr. Alexander King** (LINKE) stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Welche Aktivitäten/Mittel sind jeweils in 22/23 in welcher Höhe geplant? Was sind die zusätzlichen Aktivitäten/Mittel in 23? Welche Aktivitäten werden 2023 ausgeweitet? Wie erklärt sich die Sperre von 500.000 Euro?

Welche Fördertätigkeit besteht? Wird das Projekt „digital Vereint“ langfristig als Programm mit ins CityLAB aufgenommen und falls ja, wie soll es angepasst und weiterentwickelt werden, damit die Zivilgesellschaft dauerhaft auf die digitalen Tools wie z.B. Videokonferenzen zurückgreifen kann?

Wie viel Personal beschäftigt das CityLAB und welcher Art sind die Beschäftigungsverhältnisse? Welche konkreten Lösungen für bestehende städtische Probleme zwischen Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft wurden im CityLAB erarbeitet? Bei welchen der durchgeführten Maßnahmen sind Realisierungen in 2022/23 erwartbar. Wie werden die Co-Working-Spaces vergeben und werden Gebühren entrichtet? Bei welchen Projekten ist das CityLAB Dienstleister und welche Einnahmen wurden generiert?

Er bitte um ein schriftlichen Bericht.

**Jeannette Auricht** (AfD) interessiert, welche Verbesserungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung 2021 konkret aus dem CityLAB hervorgegangen seien. Welche Projekte hätten 2020 und 2021 im Rahmen des CityLAB stattgefunden? Welche Mittel und Maßnahmen seien für 2022 und 2023 geplant? Sie bitte um schriftliche Beantwortung.

**Stefan Förster** (FDP) weist darauf hin, dass die Tätigkeiten ähnlich seien wie bei der Einstein Stiftung mit den Digitalprofessuren, die aus dem Wissenschaftshaushalt bezahlt würden. Dort sei in den nächsten zwei Jahren eine Ansatzreduzierung von 5 Millionen Euro vorgesehen. Das CityLAB habe einen höheren Ansatz. Seien Kooperationen geplant? Er bitte um Ergänzung des schriftlichen Berichts.

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) sagt schriftliche Beantwortung zu.

## **Titel 68324 – Zuschüsse an die Medienboard Berlin-Brandenburg GmbH**

**Dr. Alexander King (LINKE)** stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Wie viele Filmprojekte wurden 2020/21 gefördert? Wie soll sich die Förderung des Medienboard in 2022 und 2023 nach verschiedenen Bereichen aufgliedern? Welchen Regionaleffekt erzielt das Medienboard durch die Förderung? Wie hoch ist der Anteil an Projekten, bei denen mehr als 3 weitere Filmförderinstitutionen beteiligt sind? Wie viele Förderrunden werden jährlich durchgeführt? Wie hoch ist die Tilgungsquote der Filmproduktionsförderung 2020/21? Wie hoch war der Anteil der Förderung von Dokumentarfilm, Kinderfilm, künstlerischem Film, Kurzfilm und Animationsfilm 2020 und 2021? Bitte nach Sparten getrennt auflisten. Welches Konzept liegt der Förderung von Dokumentarfilm, Kinderfilm, künstlerischem Film, Kurzfilm und Animationsfilm zugrunde? Nach welchen Kriterien werde gefördert bzw. nicht gefördert? Wofür sind die Verpflichtungsermächtigungen? Wie setzen sich die Summen zusammen? Welche Aufwüchse sind für „Green Film“ eingepflanzt?

Wie hat sich der Förderbedarf im Bereich der digitalen Filmproduktion seit Einführung entwickelt? Welche Entwicklungen sind erwartbar? Wie hat sich die Dienstleistungsförderung in Baden-Württemberg und Bayern entwickelt?

Festivalsförderung: Welche Filmfestivals wurden 2020 und 2021 vom Medienboard gefördert und welcher Förderbedarf ist 2022 absehbar? Welche Filmfestivals sollen nach welchen Kriterien gefördert werden? Welches Konzept liegt der Förderung von Filmfestivals zugrunde? Wie viele Filmfestivals konnten 2020/21 ins Digitale verlagert werden?

Kinos/Programmkinos: Bitte um Aufschlüsselung der Kinoförderung im Kinoprogrammpreis 2019 und 2020/21. Bitte um Übersicht über die Inanspruchnahme von Soforthilfe. Welche BKM-/FFA-Förderprogramme bestehen für 2022, und wie hoch fällt der Kofinanzierungsbedarf aus?

Er bitte um einen schriftlichen Bericht.

**Danny Freymark (CDU)** stellt die

Frage der CDU-Fraktion

Wie bedenkt der Senat die vom Parlament gestartete Initiative zur Vernetzung der Europäischen Filmfestivals umzusetzen?

Warum wurde trotz des großen Erfolgs der, durch Parlamentsoffensive durgesetzte, erhöhte Mittel-Ansatz für das VFX nicht fortgeschrieben?

Können mit den angesetzten Förder-Mitteln von 80.000 Euro die Filmfestivals, insbesondere das Human Rights Festival, in gewohnter Qualität weitergeführt werden?

Inwieweit sollen Kinos (Openair-Events) in die Kultursommerinitiative, Draußenstadt-Initiative, eingebunden werden?

**Ronald Gläser (AfD)** bittet um ergänzende schriftliche Informationen, in welcher Höhe Mittel geplant seien für die Förderung von Messen, insbesondere der re:publica.

### **Titel 68406 – Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen**

**Dr. Alexander King (LINKE)** stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Wie viele Skzl.-Beschäftigungspositionen sind zur Umsetzung der Maßnahmen vorgesehen?

zu Nr. 1 – Förderprogramm #DigitaleZivilgesellschaftBerlin, Entwicklung Landesnetzwerk Bürgerengagement – : Welche Maßnahmen sind jeweils in 2022/23 in welcher Höhe geplant und welche Maßnahmen ergreift die Senatskanzlei, um Menschen mit Behinderungen sowie mit Migrationsgeschichte aktiv für zivilgesellschaftliches Engagement anzusprechen und zukünftig stärker einzubeziehen?

Welche Projekte bzw. gemeinwohlorientierten Plattformen fördert die Senatskanzlei unter #DigitaleZivilgesellschaftBerlin? Werden in diesem Titel ebenfalls soziale und städtische Nachbarschaftsplattformen wie SoNaTe gefördert?

Landesnetzwerk Bürgerengagement: Welche Funktionen sind bei der Realisierung vorgesehen? Ist eine hauptamtliche Geschäftsstelle geplant?

zu Nr. 2 – Verschiedene Projekte zur Unterstützung der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern – . Projektförderung: Bitte um Listung der Projekte mit Kostenangabe. Wie erklärt sich der Mittelaufwuchs von 2022 und 2023. Wie werden die Projekte ausgewählt?

zu Nr. 3. und Nr. 4. – Berliner Stiftungstag/Freiwilligenbörse – : Welche Gesamtkosten entstehen? Wo und wie oft soll der Stiftungstag stattfinden und welche Kosten (Mietkosten u.a.) entstehen?

zu Nr. 5 – Berliner Demokratietag –: Schließt sich die Senatskanzlei der Empfehlung der Engagementstrategie an und lässt zukünftig den „Berliner Demokratietag“ jährlich stattfinden? Wie lauten die Ansätze?

zu Nr. 6 – Bürgerinnen- und Bürgerrat – : Welcher Bürger\*innen Rat ist gemeint? Bitte um Erläuterung. Werden aus diesen Mitteln auch mögliche Stadtteilkonferenzen finanziert?

zu Nr. 7 – Engagementkonferenz –: Wann findet erstmalig die Engagementkonferenz statt?

zu Nr. 8 – Zuschuss an Freiwilligenagenturen –. Kann der Mehraufwand der Freiwilligenagenturen derzeit schon geschätzt werden, der durch die Unterstützung der Geflüchteten aus der Ukraine entsteht? Bitte um ungefähre Kostenschätzung.

Er bitte um einen schriftlichen Bericht.

**Danny Freymark** (CDU) stellt die

Frage der CDU-Fraktion

Für das Jahr 2021 waren hierfür 1.570.000 Euro angesetzt. Tatsächlich wurden aber 3.592.267 Euro ausgegeben. Wieso wurden die Kosten im Wahlkampfjahr um 2 Millionen überschritten?

Wieso werden im Nicht-Wahlkampfjahr 2022 hingegen nur 720.000,- angesetzt? Im nächsten Jahr, 2023, dann wieder 1.215.000,- Euro? Werden nicht gerade jetzt, nach den Hochphasen der Pandemie, mehr Mittel für die Stärkung des sozialen Zusammenhalts benötigt?

Zu 2. Welche Projekte werden hier konkret gefördert, für welche Aufgaben? Wieso steigt der Betrag in 2023?

Nach welchen Kriterien und Verfahren erfolgt die Mittelvergabe?

Zu 6. Was ist der Bürgerrat, welche Aufgaben hat, welche Ziele? Wie stellt er sich zusammen? Was ist aus Sicht des Senats ein Bürgerrat, der ab 2023 mit 200 000 Euro veranschlagt werden soll? Welche Aufgaben und Ziele hat er? Wie ist er zusammengestellt? Wird das Land bezirkliche Bürgerräte fördern, oder geht es um Landes-Bürgerräte, die hier vorgesehen sind?

Zu 7. Was ist die Engagementkonferenz? Welche Ziele verfolgt sie?

**Ronald Gläser** (AfD) stellt die Frage, welche gemeinnützigen Organisationen im Rahmen des Förderprogramms digitale Zivilgesellschaft Berlin unterstützen würden? Was sei der Demokratietag? Was sei ein Bürgerrat? Er bitte um schriftliche Beantwortung.

## **Titel 68535 – Zuschüsse im Rahmen der europapolitischen Öffentlichkeitsarbeit**

**Dr. Alexander King** (LINKE) stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Welche Bedarfe hat die Europäische Akademie Berlin gegenüber dem Senat angemeldet? Bitte um Auflistung der tatsächlichen und geplanten Zuschüsse an die Europäische Akademie für die Jahre 2020 bis 2023.

Er bitte um schriftliche Beantwortung.

**Stefan Förster** (FDP) ist verwundert über die nahezu Verdopplung des Ansatzes. Er weise darauf hin, dass die Europäische Akademie einen bedeutenden Beitrag leiste. Die Europabelange ressortierten von der Zuständigkeit nunmehr nicht mehr in der Senatskanzlei. Es gebe auch Europatitel im Kulturhaushalt, weil die Senatsverwaltung für Kultur auch Europa mitbediene. Müsste nicht das Thema europäische Öffentlichkeitsarbeit bei der Kulturverwaltung etatisiert sein?

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) erklärt, es gebe diesbezügliche Gespräche mit der Senatsverwaltung für Kultur. Er hoffe auf eine Klarstellung in den kommenden Wochen.

[Lüftungspause von 11.27 Uhr bis 11.47 Uhr]

## **Titel 68569 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland**

**Dr. Alexander King** (LINKE) stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Zu 1: – Zuschuss an das Deutsche Institut für Urbanistik gGmbH – . Wie erklärt sich der hohe Zuschuss? Wodurch der Aufwuchs 2023?

Zu 2: Digitalisierung des Filmerbes: Wie hoch ist der Berliner Finanzierungsanteil? Welche (Berliner) Institutionen sind eingebunden?

Zu 3: Villa Aurora/Thomas Mann House: Wie werden die steigenden Lebensunterhaltungskosten ausgeglichen?

Zu 6: Verschiedene Zwecke: Wie hoch waren die Ausgaben bei den Zuschüssen für verschiedene Zwecke in den Jahren 2018 bis 2021? Was sind die verschiedenen Zwecke in 2022/2023, die hier bezuschusst werden (bitte aufschlüsseln nach Art, Jahr und Höhe der Zuwendung)? Warum gibt es im Jahr 2023 einen derart starken Rückgang?

Zu 9: – Zentrale Anlaufstelle für Drehgenehmigungen – : Welche Herangehensweise verfolgt die Skzl. zur Bedarfsbestimmung bei der Konzeption einer (langfristig kostenneutralen) Infrastruktur? Wie erklärt sich die Verteilung der Kosten zwischen 22 und 23? Welche Verwaltungsstruktur liegt der Kostenentnahme für 23 zugrunde? Ergeben sich aus der Zentralisierung der Genehmigungsprozesse Kostenersparnisse an anderer Stelle?

Welche Formate sind bei der Konzeption zur Einbindung von Bezirken, Verkehrslenkung, Filmfördereinrichtungen, Verbänden u.a. in Planung?

Zu 10: Urania: Welchem Zweck dienen die Zuwendungen? Wie erklärt sich die Zuwendung an einen privaten Verein? Besteht ein Zusammenhang zum Sanierungsvorhaben? Ist Liegenschaft und Grundstück der Urania in Landeseigentum? Wie erklärt sich der Aufwuchs 2022 zu 2023? Gibt es weitere Zuwendungen in anderen Einzelplänen?

Zu 11: Internationale Computerspielesammlung: Welche Initiative/welcher Verein ist der Zuwendungsempfänger? Wie erklärt sich die Zuwendung für eine private Stiftung digitale Spielekultur?

Sind Technikkosten enthalten? Besteht Austausch mit anderen kulturgutbewahrenden Initiativen/Einrichtungen? Sind Lizenzkosten enthalten und zu erwarten?

Zu 12: Europäische Filmakademie: Was ist der Förderzweck? Wie erklärt sich die Zuständigkeit des Landes?

HH20/21, alt Teilansatz Nr. 6, nicht-kommerzielle/freie Radios in Berlin: Handelt es sich um eine Streichung oder um eine Verlagerung der Fördermittel? Wie wird der Förderbedarf gesichert? Wurden die Fördervoraussetzungen in Hinsicht auf Eigenmittelanteile angepasst?

Er bitte um einen schriftlichen Bericht.

**Danny Freymark (CDU)** stellt die

Frage der CDU-Fraktion

Zu 5: – Zuschüsse für auswärtige Städteverbindungen – . Zuschüsse für auswärtige Städteverbindungen sehr gering- Wieso? Wird denen so geringe Bedeutung zugeschrieben?

Zu 6: Wieso werden Zuschüsse für verschiedene Zwecke in 2022 so viel höher angesetzt als in 2023? Was wird hier bezuschusst?

Zu 9: Wann wird die „Zentrale Anlaufstelle für Drehgenehmigungen“ zur Verfügung stehen?

Zu 10. Zuwendung Urania. Zu welchem Zweck werden die Zuschüsse in 2023 verdreifacht?

Er halte das Engagement der Urania für ausgesprochen wichtig und begrüße die Ausführungen von Frau Giffey, die Urania noch weiter zu etablieren als Zentrum für Demokratieförderung. Parteien und Fraktionen dürften dort allerdings nicht tagen. Wenn Landesmittel zur Verfügung gestellt würden, erwarte er, dass Parteien und Fraktionen nicht anders behandelt würden als andere. Politik gehöre in die Mitte der Gesellschaft und sollte sich gerade an so lebendigen Orten der Demokratie wiederfinden. Er bitte um Berücksichtigung seiner Anmerkungen in dem schriftlichen Bericht.

**Stefan Förster** (FDP) stellt die Frage, ob bei der Digitalisierung des Filmerbes auch das DDR-Filmerbe berücksichtigt werde. Die wertvollen Bestände auch der DEFA lägen noch in Köpenick. Beruhten die Ansätze für die neue Anlaufstelle für Drehgenehmigungen auf Schätzungen oder konkreten Überlegungen? Seien die Zahlen belastbar? Bezüglich der internationalen Computerspielesammlung habe er den Ausführungen von Abg. King entnommen, dass die Stiftung digitale Spielekultur den Zuschuss erhalten solle. Es gebe aber auch das Computerspielmuseum Gameshouse, eine GgmbH. Diese wollten auch Geld haben. Seien es zwei verschiedene Aktivitäten? Seien diese abgestimmt?

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) sagt schriftliche Beantwortung zur Digitalisierung des DDR-Filmerbes zu. Bezüglich der internationalen Computerspielesammlung werde er schriftlich nachliefern. Es gebe die Zusage des Bundes an einer Beteiligung, wenn Berlin eine entsprechende Kofinanzierung leiste. Hinsichtlich der zentralen Anlaufstelle für Drehgenehmigungen sei bewusst ein kleiner Ansatz in diesem Jahr vorgesehen, um über ein Gutachten die Möglichkeiten eruieren zu lassen, zumal es bis Mitte des Jahres die vorläufige Haushaltswirtschaft gebe. Im kommenden Jahr werde die Begutachtung sicherlich noch fortgesetzt. Es werde davon ausgegangen, dass zunächst ein Ausschreibungsverfahren gestartet werden müsse. Insofern werde auf Erfahrungswerte aus anderen Politikbereichen zurückgegriffen.

Bei den Ziffern 6 und 7 gebe es einen redaktionellen Fehler. Der Ansatz in Höhe von 82 500 Euro sei bei den Smart Cities Projekten in 2022 vorgesehen. Insofern gebe es dort keine Schwankungen. Die Europäische Filmakademie sei bislang von der Lottostiftung bezahlt worden; die Bezuschussung laufe zum Ende des Jahres 2022 aus. Insofern werde vorgeschlagen, dass das Land Berlin zukünftig den Zuschuss übernehme und mit 400 000 Euro unterstütze.

**Stefan Förster** (FDP) kommt auf die freien Radios zu sprechen. Es sei damals ein Notbehelf gewesen, diese aufzuführen, weil das Thema des Vorwegabzuges nicht gelöst worden sei. Er gehe davon aus, dass die freien Radios wieder mehr gefördert würden, wenn die MABB in den Stand versetzt werde, durch die Reduzierung des Vorwegabzuges mehr Geld zu haben; die Förderung freier Radios sei originäre Aufgabe. Insofern sollte die MABB das wieder selbst übernehmen. Falle dieser Notbehelf insofern wieder weg? Werde der Zuschuss in Höhe von 400 000 Euro an die Europäische Filmakademie als auskömmlich angesehen?

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) erklärt, auch die Lottostiftung habe in den letzten Jahren diesen Betrag von 400 000 Euro an die europäische Filmakademie zugeliefert. Ihm sei wichtig, die Institution für das Land Berlin nicht zu verlieren. Berlin sei nicht einziger Förderer. Die Europäische Filmakademie erhalte auch vom BKM und dem Hauptstadtkulturfonds entsprechende Mittel. Die freien Radios seien nicht mehr in diesem Titel etatisiert. Es solle aber vorgesehen werden, sie künftig bei Titel 68324 – Zuschüsse an die Medienboard Berlin-



Brandenburg GmbH zu veranschlagen. Es sollte diskutiert werden, ob der Vorwegabzug den freien Radios eine Etatstilisierung im eigentlich systemisch richtigen Ansatz bei der MABB ermögliche. Über den Vorwegabzug müsse aber auch mit dem Land Brandenburg eine Klärung erzielt werden.

#### **Titel 68580 – Zuschüsse an öffentliche Einrichtungen für coronabedingte Ausgaben**

**Dr. Alexander King** (LINKE) stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Bitte um Überblick des beantragten und des zu erwartenden Bedarfs.

Er bitte um einen schriftlichen Bericht.

#### **Titel 68590 – Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen**

**Dr. Alexander King** (LINKE) bittet um Zurückstellung zur 2. Lesung.

#### **Titel 68619 – Zuschüsse an sonstige Stiftungen**

**Dr. Alexander King** (LINKE) stellt die

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Welche Stiftungen sind in diesem Titel berücksichtigt und wie teilen sich die Mittel auf die jeweiligen Stiftungen auf?

Er bitte um einen schriftlichen Bericht.

**Danny Freymark** (CDU) stellt die

Frage der CDU-Fraktion

Bitte um eine Liste der bezuschussten Stiftungen und Hinweise nach welchen Kriterien die Auswahl stattfindet.

Er bitte um einen schriftlichen Bericht.

**Jeannette Auricht** (AfD) schließt sich dem Berichtswunsch an.

**Stefan Förster** (FDP) fragt, ob generell nur Stiftungen zuschussfähig seien, die auch öffentlichen Rechts seien, oder profitierten auch Stiftungen bürgerlichen Rechts, rein privatrechtlich organisierte, Stiftung davon?

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) antwortet, es gehe um die Förderung der Stiftung Zukunft Berlin. Über diesen Titel werde nur diese Stiftung mit zwei Projekten, dem Berlin-Forum sowie GEMEINSAM BERLIN, gefördert.

**Staatssekretärin Ana-Maria Trăsnea** (SKzl) ergänzt, das Projekt Berlin-Forum sei ein Projekt zur Förderung des Dialogs zwischen Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung zu Zukunftsthemen in der Stadt. Das Projekt GEMEINSAM BERLIN sei ein Projekt zum Empowerment von ungehörten Gruppen, um diese Stimmen im Stadtbild in einem gesellschaftlichen Diskurs zu stärken und weitere Stakeholder für deren Anliegen an dieser Stelle zu sensibilisieren.

**Stefan Förster** (FDP) äußert, es sei spannend, dass nur eine einzige Stiftung von dieser Förderung profitiere. Gebe es mit dieser Stiftung einen Exklusivvertrag von Seiten des Senats, dass diese im Vergleich zu anderen Stiftungen mit ähnlichen Leistungen und Projekten bevorzugt werde? Warum werde die Stiftung Zukunft privilegiert? Sei dies eine politische Entscheidung?

**Staatssekretärin Ana-Maria Trăsnea** (SKzl) erklärt, dass es sich um eine Projektförderung handle. Andere könnten sich ebenfalls bewerben. Aktuell habe diese Stiftung den Zuschlag erhalten.

### **Titel 68629 – Zuschüsse für besondere touristische Projekte**

**Dr. Alexander King** (LINKE) stellt die Frage

Frage der Fraktion der SPD,  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und  
der Fraktion Die Linke

Mit dem Wegfalls des Titels: An welcher Stelle findet sich der Tourismus Beirat wieder?

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) erklärt, der Runde Tisch Tourismus werde zukünftig gemeinsam der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe gestaltet. Insofern würden die Beiräte gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft abgestimmt. Dort seien auch Mittel vorgesehen.

### **Titel 68630 – Zuschüsse für besondere sportbezogene Projekte**

**Stefan Förster** (FDP) stellt die Frage, wo diese künftig etatisiert seien.

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) antwortet, der Titel sei bei der Senatsinnenverwaltung etatisiert. Er sage schriftliche Nachlieferung zu.

## **Maßnahmegruppe 2**

### **Titel 51185 – Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT**

**Ronald Gläser** (AfD) stellt die Frage, was sich hinter den kleineren Fachverfahren, Nr. 16, verberge. Warum steige der Betrag 2023 an? Bezüglich des Betriebs von berlin.de interessieren die genauen Planungen. Wie viele Mitarbeiter sollten beschäftigt werden? Welche Inhalte seien geplant, die es bislang bei berlin.de noch nicht gegeben habe? Er bitte um schriftliche Beantwortung.

**Vorsitzende Derya Çağlar** weist darauf hin, dass die IKT-Titel zentral im Digitalisierungsausschuss behandelt würden.

**Staatssekretär Dr. Severin Fischer** (SKzl) führt aus, die höheren Ansätze entfielen auf den Betrieb von berlin.de, der jetzt in den Landesbetrieb überführt worden sei. Daneben seien noch 500 000 Euro für die SIDOK Fachverfahren vorgesehen. Bei den kleineren Fachverfahren sei der Betrieb von b-intern etatisiert. Hier gehe es um den Support bei der Entwicklung des Beschäftigtenportals; es gebe ein Vertrag mit den ITDZ. Bei e-Bundesrat würden vor allem Anlauf- und Schulungskosten veranschlagt. Auch gebe es noch eine Synchronisierung des Breitbandanschlusses. Bezogen auf das Rote Rathaus fielen kleinere jährliche Kosten an, die in diesem Titel veranschlagt würden.

**Ronald Gläser** (AfD) bittet um einen schriftlichen Bericht insbesondere zu der Frage, wie viele Mitarbeiter bei berlin.de beschäftigt werden sollten und welche künftigen Inhalte geplant seien.

**Vorsitzende Derya Çağlar** stellt für den Ausschuss die vorgenannten Berichtsaufträge bzw. Zurückstellungen von Titeln zur Zweiten Lesung fest. Sie verweise abschließend auf das Verfahren zum Haushaltsplanentwurf. Berichtsende für die Berichtsaufträge sei der 19. April 2022.

Der **Ausschuss** beschließt, entsprechend zu verfahren. Der Tagesordnungspunkt wird bis zur Sitzung am 4. Mai 2022 vertagt. Weiteres siehe Beschlussprotokoll.

## Punkt 2 der Tagesordnung

### **Verschiedenes**

Siehe Beschlussprotokoll.